

Stand: 18.05.2026 20:57:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11344

"Helferpotenzial im Katastrophenschutz erfassen - für ein krisenfestes Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11344 vom 26.03.2026



Antrag

der Abgeordneten **Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Dr. Andrea Behr, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Martin Stock, Carolina Trautner, Peter Wachler CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Holger Grießhammer, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)

Helferpotenzial im Katastrophenschutz erfassen – für ein krisenfestes Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zur Stärkung der Handlungsfähigkeit in Krisen und bei Katastrophen sowie der gesamtstaatlichen Resilienz zu den Möglichkeiten und Voraussetzungen einer zentralen Erfassung aller Helferinnen und Helfer der Feuerwehren, der freiwilligen Hilfsorganisationen sowie dem – bei der Gefahrenabwehr und im Katastrophenschutz mitwirkenden – Technischen Hilfswerk unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen tatsächlichen Einsatzfähigkeit (beispielsweise wegen einer Tätigkeit bei Kritischen Infrastrukturen oder anderweitiger beruflicher oder privater Verpflichtungen) schriftlich zu berichten.

Hierbei sollen auch die konkrete Umsetzung sowie nötige bzw. bereits unternommene Schritte für eine stets aktuell zu haltende Helfererfassung aufgezeigt werden. In Anbetracht der Herausforderungen infolge der geänderten Sicherheits- und Bedrohungslage soll der Bericht zudem den Stand der Abstimmungen zwischen Bund und Ländern zur Erfassung des im Spannungs- oder Verteidigungsfall verfügbaren Helfer- und Kräftepotenzials und entsprechende Planungen für dessen Erhebung berücksichtigen.

Begründung:

Bayern kann auf enormes freiwilliges Potenzial im Bevölkerungsschutz zählen. So sind von den 450 000 Einsatzkräften der Feuerwehren, Hilfs- und Einsatzorganisationen rund 430 000 Helferinnen und Helfer ehrenamtlich engagiert. Wie viele von diesen im Ernstfall zur Bewältigung von Einsatzlagen tatsächlich – ggf. auch über einen längeren

Zeitraum – verfügbar sind, ist bisher aber nicht oder nur unzureichend bekannt. Bei technischen Unglücken, der Zerstörung grundlegender Infrastruktur und dem Ausfall bestehender Lieferketten oder Versorgungsunterbrechungen, z. B. einem Stromausfall wie zuletzt Anfang Januar 2026 in Berlin, stellt sich darüber hinaus die Frage, welche Personen aufgrund ihrer Tätigkeit für Kritische Infrastrukturen wie einem Energieversorgungsunternehmen oder im Gesundheitsbereich vorrangig ihrem Hauptberuf nachgehen müssen und sodann nicht als HelferIn oder Helfer der Feuerwehr, bei freiwilligen Hilfsorganisationen oder dem Technischen Hilfswerk zur Verfügung stehen. Über bereits laufende Erhebungen oder Umfragen in einzelnen Organisationen hinaus erscheint eine bayernweite zentrale Erfassung des tatsächlich verfügbaren Helferpotenzials nötig.

Entsprechende Vorkehrungen des Freistaates können auch einen Beitrag für die mögliche Erhebung des Helfer- und Kräftepotenzials der Streitkräfte sowie im Zivilschutz durch den Bund liefern. Der erbetene Bericht soll daher über Möglichkeiten einer solchen Helfererfassung, deren konkrete Umsetzung sowie eine etwaige Verzahnung mit Planungen auf Bundesebene informieren.